

Marion Schiefer (MdL, CDU) empfängt Henry Malonn (BSBD)

Konstruktives Gespräch in angenehmer Atmosphäre im Landeshaus

Am 01.07.2025 folgte BSBD Landesvorsitzender Henry Malonn der Einladung der justizpolitischen Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Marion Schiefer, zu einem Austausch über aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen im Vollzug in das schleswig-holsteinische Landeshaus. Ein besonderes Anliegen war es Frau Schiefer, die selbst mal Leiterin der hamburgischen Jugendarrestanstalt war, aus direkter Quelle einen Überblick über das Stimmungsbild in den Anstalten zu erhalten und zu erfahren, was die Kolleginnen und Kollegen vor Ort derzeit bewegt.

Malonn bestärkte in dem Zusammenhang die BSBD-Forderung, anlässlich der Ereignisse in der JA Schleswig das „Onboarding“ externer Fach- und jünger Führungskräfte zu verbessern, z.B. durch Standardisierung oder Supervisionsangebote für Ausbilderinnen und Ausbilder. Der Vollzug ist bereits gut aufgestellt- durch noch gezieltere Steuerungsmaßnahmen ließe sich das Klima in den Anstalten aber weiter verbessern. Dabei begrüßen Schiefer und Malonn, dass das MJG bereits aktuelle Maßnahmen evaluiert, um Nachsteuerungsbedarfe abzuleiten. Eine über redaktionelle Korrekturen hinausgehende Aktualisierung der DSVollz



Im Austausch über die aktuelle Lage in den Anstalten: Marion Schiefer (CDU) und Henry Malonn (BSBD)

und der OrgJVA wäre ein geeignetes Mittel, um für eine funktionierende soziale Sicherheit und zeitgemäße Organisation richtige Akzente zu setzen. Der BSBD will beide Vorschriften in naher Zukunft näher betrachten. Weiteres Thema des Gespräches: Die steigende Zahl psychisch auffälliger Gefangener. Malonn verdeutlichte, dass die Ressortbündelung im Ministerium für **Justiz und Gesundheit** eine Chance sein könnte, eine bessere psychiatrische Versorgung der Gefangenen zu gewährleisten und einzelne stark psychisch kranke Inhaftierte leichter extramural in geeigneten Einrichtungen unterzubringen oder die Absprachen im Rahmen der Entlassungsvorbereitung zu verbessern.

Der öffentliche Dienst ließe sich durch mehr Aufstiegsmöglichkeiten attraktiver gestalten. Im Bereich des Vollzuges sind an den Aufstieg von der LG 1, 2. EA in die LG 2, 1.EA im Rahmen des sog. „Schnellaufstieges“ (§ 26 ALVO SH) sehr hohe Hürden geknüpft. Nicht jedes fachgebundene Fachabitur, das im Rahmen früherer Ausbildungen erworben wurde, wird anerkannt, sodass vielen jungen motivierten Kolleginnen und Kollegen der Aufstieg verwehrt bleibt oder im Rahmen des „Regelaufstieges“ (§ 25 ALVO SH) in weite Zukunft rückt. Schiefer und Malonn stimmten überein, dass Aufstiegschancen ein großes Attraktivitätsmerkmal sind und wo auch immer es geht, Möglichkeiten dafür geschaffen werden sollten.

Der Personalaufbau, resultierend aus den Ergebnissen des Gutachtens der Firma PWC zur Personalbemessung von 2019, ist weitgehend abgeschlossen. Gleichwohl besteht das Erfordernis, die Personalbemessungsgrundlage stetig bei wachsenden Aufgaben anzupassen. Die- vom BSBD ausdrücklich zu begrüßte- Teilumwidmung der JAA Moltsfelde für den Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen bindet zunächst Personal aus den Anstalten. Insbesondere bzgl. daraus entstehender Vakanzen muss bei der kommenden Haushaltsaufstellung für 2026 eine Stellenaufstockung erfolgen, sodass zeitnah ausreichend Anwärterinnen und Anwärter eingestellt werden können. Hier sieht der BSBD die Landesregierung klar in der Pflicht.

Zwar beleuchten der BSBD als Gewerkschaft und die CDU- Fraktion als Landesregierung viele Themen aus unterschiedlichen Perspektiven, viele Ziele einen uns jedoch. Beide Seiten wollen den Dialog aufrechterhalten, damit die Interessen der Bediensteten bei politischen Entscheidungen nicht zu kurz kommen und der „Blick aus der Praxis“ in der Entscheidungsfindung Berücksichtigung findet.